




Open Source in Kommunen: Festigung der digitalen Souveränität

Bereits im Jahr 2016 haben das Land NRW, die kommunalen Spitzenverbände sowie der KDN-Dachverband den Open-Government-Pakt.NRW vereinbart, denn: Offenheit, Transparenz und Nachhaltigkeit spielen bei der Verwaltungsdigitalisierung in Nordrhein-Westfalen eine wesentliche Rolle, um die digitale Souveränität zu festigen.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) hat im Juli 2021 einen umfassenden Handlungsleitfaden für den Einsatz von Open Source-Software in der Verwaltung publiziert. Der Bericht mit dem Titel »Open Source in Kommunen« stellt das große Potenziale von Open Source heraus, macht aber auch auf Risiken und Herausforderungen aufmerksam.

Für Kommunen kann Open Source eine Möglichkeit sein, sich sowohl von Software- als auch von Anbieterabhängigkeiten zu lösen, um die eigene Steuerungs- und Handlungsfähigkeit zu behalten. In der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes kann Open Source in Kombination mit offenen



Standards dazu beitragen, arbeitsteilig entwickelte Online-Lösungen nachzunutzen.

Auch kommunale Anwendungsfälle werden als Praxisbeispiele in dem Bericht angeführt. So die **Open Source-Software DKAN**, die vom Amt für Informationsverarbeitung der Stadt Köln betrieben und für das städtische Open-Data-Portal genutzt wird. Die Software wird Kommunen in NRW über den KDN zur Verfügung gestellt und ist über die ProVitako im gesamten Bundesgebiet nachnutzbar. Ein Anwenderkreis fördert den interkommunalen Austausch. DKAN wird von einer internationalen Community kontinuierlich weiterentwickelt.

Der KDN engagiert sich seit Herbst 2020 zudem in der Bundesinitiative **»Ein Ort für öffentlichen Code«**, deren Ziel es ist, die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung und die Nutzung von Open Source zu verbessern sowie das öffentliche Bewusstsein dafür zu stärken.